



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 30. Ratssitzung vom 16. Dezember 2022

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2022/438, Antrag 024. und Postulat GR Nr. 2022/613

1145. 2022/438

**Weisung vom 14.09.2022:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2023**

Gemeinsame Behandlung der Anträge 024. und 025. (Postulat GR Nr. 2022/613).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Julia Hofstetter (Grüne): Auf den Dächern und an den Fassaden der Stadt Zürich könnte längst viel Solarstrom produziert werden. Wir fragen uns, wieso der Ausbau der Photovoltaik (PV) stagniert. Der Aufruf zur Energiewende gilt nicht erst seit dem Netto-Null-Beschluss, sondern seit dem 2000-Watt-Entscheid. Das Elektrizitätswerk (ewz) agiert renditegetrieben und führt zu viele Projekte aufgrund von fehlenden finanziellen Anreizen nicht durch. Das ist das Problem eines «Contractors», da dieser jede Anlage unabhängig vom Rest des Gebäudeaufwands zu 100 Prozent optimieren will. Wenn beispielsweise an einem städtischen Gebäude die Fassade neu gemacht wird, wird sie zur Hinterlüftung mit Eternitplatten versehen. Alternativ könnte aber auch eine PV-Anlage an der Fassade angebracht werden. Die Stadt als Eigentümerin kann nun folgende Überlegungen anstellen: Die PV-Anlage ist teurer als die Eternitplatten, aber Letztere müsste sie ebenso kaufen. Wenn sie nun den Preis der Photovoltaikplatten minus den Preis der Eternitplatten rechnet, kommt die Stadt zum Schluss, dass der kleine Aufpreis verkraftbar ist, da es sich nur um wenige Prozente mehr handelt. Zudem setzt die Stadt die Prioritäten entsprechend des Netto-Null-Auftrags. Der «Contractor» entschliesst sich, die PV-Anlage aus Rentabilitätsgründen nicht zu bauen, da er nicht das Gesamtsystem betrachtet. Unser Fazit ist, dass die Stadt keinen «Contractor» braucht, sondern selbst Eigentümerin der Anlagen sein kann. Wir fordern darum, dass es neue Solarbeauftragte auf Seiten der Bauherren gibt. Diese sollen agiler als das ewz agieren. Das Potential bei Gebäuden im Bestand ist riesig und bei Neubauten sind PV-Anlagen ohnehin miteingeplant. Die Solarbeauftragten sollen sich damit auseinandersetzen, ob es besser ist, wenn die Stadt die Solaranlagen selbst betreibt oder wenn sie ein Contracting ausschreibt, bei dem sich das ewz oder andere Anbieter melden können. Der Wettbewerb würde dem ewz nicht schaden. Wir fordern in einem Begleitpostulat, dass der Stadtrat mindestens 80 Prozent des Solarpotentials des städtischen Liegenschaftenportfolios bei Neubauten realisiert. Wir nehmen die Textänderungen der AL an.

Johann Widmer (SVP) begründet den Antrag der Minderheit, stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es geht darum, dass die Löhne



der Verwaltung und des Betriebspersonals um 200 000 Franken erhöht werden sollen, um zwei Solarbeauftragte einzustellen. Der Stadtrat und eine Minderheit erachten das als unnötig und lehnen diesen Antrag ab. Mehr Personal beschleunigt keinen Prozess. Dafür müssten die Abläufe und Bewilligungsverfahren gestrafft werden. Zum Postulat meint die SVP, dass Solarenergie eine mögliche Energiequelle ist und sinnvoll sein kann. Eine Quote festzulegen, ist kontraproduktiv. Eine Solaranlage auf oder an einem Gebäude braucht eine individuelle Beurteilung und viele Bewilligungen. Das Postulat führt dazu, dass unsinnige und überteuerte Projekte umgesetzt würden, um die Quote zu erfüllen. So wird eine gute Technologie in Verruf geraten. Wir lehnen das Postulat ab.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1053/2022): Wie bereits erwähnt, soll der Stadtrat dafür sorgen, dass mindestens 80 Prozent des Solarpotentials des städtischen Liegenschaftenportfolios bei Neubauten realisiert wird. Der Grund dafür ist, dass die Stadt als Eigentümerin nahe an den Gebäuden dran ist und die PV-Anlagen in das Gesamtsystem der Gebäude integrieren kann. Das macht das ewz anders, was ein möglicher Grund sein kann, dass der Prozess stagniert. Deswegen sollen Solarbeauftragte engagiert werden. Der Fokus der Stellen und ihre einzige Aufgabe ist der Solarausbau.

Cathrine Pauli (FDP): Die FDP gehört zur Minderheit und lehnt den Antrag für die zwei Stellen ab. Wir haben einen Änderungsantrag eingereicht. Die zwei Sätze nach «um diese Umsetzung voranzutreiben» sollen gestrichen werden, da sie zu detailreich sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es den Antrag 060. gibt, der in die gleiche Richtung geht: Es werden zwei Solarbeauftragte bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) gefordert. Insgesamt sind es also 4 Stellen, die für den Solarausbau entstehen sollen. An sich sind wir auch für den Ausbau der Photovoltaik. Im September 2021 hat die Stadt eine PV-Strategie verabschiedet, für die verschiedene Departemente zusammengearbeitet haben. Die Stossrichtung mit 13 Grundsätzen ist klar. Der Stadtrat hat diese in einem Beschluss aufgenommen. Es wird auch festgelegt, dass das ewz die Führung für dieses Thema trägt. In Anbetracht dieser Strategie ist fraglich, wieso es in zwei Departementen Solarbeauftragte geben soll. Wenn man sieht, wie viel Aufwand der Bau und die Vorbereitung einer Solaranlage verursacht, wird klar, dass diese 2 bis 4 Stellen wahrscheinlich nicht reichen werden, um den Prozess voranzutreiben. Viel eher sollte man die Solarstrategie möglichst schnell umsetzen. Es scheint sinnvoller, sich mit diesem Anliegen direkt an den Stadtrat zu wenden, anstatt Stellen zu schaffen, die nicht auf den Rest des Systems abgestimmt sind. Ohne die Textänderung lehnen wir das Postulat ab.

Walter Angst (AL): Die AL enthält sich bei diesem Antrag, stimmt aber den Stellen bei der IMMO zu. Das ist zugegebenermassen inkonsistent. Wir haben grosse Vorbehalte, da es sich um einen Versuch handelt, in die Organisation des Stadtrats einzugreifen. Das steht uns nicht zu. Es ist sicherlich sinnvoll, dass die PV-Organisation zentralisiert bleibt. Trotzdem möchte ich betonen, dass wir dieses Anliegen umgesetzt sehen wollen. Wir haben keine Zweifel, das wird im Textänderungsantrag später deutlich, dass das ewz willig und fähig ist, den Prozess voranzutreiben. Den Stellen bei Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und IMMO stimmen wir zu. Aber wir wünschen uns, dass STR Daniel



Leupi, STR André Odermatt und STR Michael Baumer dafür sorgen, dass eine effiziente und zentralisierte Organisation zur Photovoltaik aufgebaut wird, um das umzusetzen.

Dr. Florian Blättler (SP): *Eine Sache ist klar: Der PV-Ausbau in der Stadt Zürich schreitet zu langsam voran. Die vom Stadtrat angestrebten Ziele können in diesem Tempo nicht erreicht werden. Wir sind gezwungen, auch andere Wege auszuprobieren. Möglicherweise ist es eine Lösung, der IMMO und der LSZ eigene Stellen dafür zu geben. Ob das funktioniert, ist unklar, aber ohne auszuprobieren, finden wir keine Lösung. Es muss dringend etwas gemacht werden. Wir stimmen dem Antrag und Postulat zu.*

Johann Widmer (SVP): *Ich kann nur wiederholen: Wenn ihr meint, dass mit mehr Stellen, die auf drei verschiedene Departemente verteilt sind, das Tempo des Prozesses vorangetrieben wird, irrt ihr euch. Es wird viele Koordinationssitzungen geben, worin sich diese Stellen erschöpfen werden. Dadurch werden nicht mehr Solaranlagen gebaut. Es müssten die Stadtverwaltungsprozesse gestrafft werden. Es braucht eine stabile Projektorganisation mit den richtigen Leuten und möglichst unter Einbezug von Privaten.*

Beat Oberholzer (GLP): *Der Ausbau der Photovoltaik geht zu langsam. Diesen Vorstoss finden wir prüfenswert, da sich die Eigentümerin so selbst für Solaranlagen einsetzen kann. Den entstehenden Wettbewerb fürs ewz finden wir nicht schlecht. Wenn das ewz auf eine PV-Anlage verzichten will, sollen die IMMO oder LSZ selbst agieren können, daher stimmen wir dem Postulat zu. Trotzdem sind wir skeptisch, ob die Stellen der Solarbeauftragten in diesem Rahmen sinnvoll sind und lehnen den Budgetantrag ab.*

Andreas Kirstein (AL) *stellt namens der AL-Fraktion folgenden Textänderungsantrag: Der letzte Satz lautet mit der Textänderung: «Um die Umsetzung voranzutreiben, sollen in beiden Departementen Solarbeauftragte eingestellt werden.» Die Erwägungen zu Eigeninvestitionen, Contracting-Lösungen und weiteren Punkten greifen unserer Meinung nach unnötig in die Arbeit der Solarbeauftragten und des Stadtrats ein.*

Dominik Waser (Grüne): *Wir wissen, dass die Solarstrategie ungenügend und deswegen in Überarbeitung ist. Die Stellen sind ein weiterer Versuch, um den Ausbau voranzutreiben. Wir wissen nicht genau, woran alles hängt und haben deswegen keine Erfolgsgarantie mit diesen Stellen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir versuchen sollten, bei den Immobilien anzusetzen. Den Textänderungsantrag der AL nehmen wir an, den der FDP lehnen wir ab.*

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 24, das Postulat GR Nr. 2022/613 sowie Antrag Nr. 60 (HBD)

S. 176	20 2021 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
--------	---------------------------	---	--------------	------------------	--------	---------



4 / 5

024.	Antrag Stadtrat	11 996 700	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP)	
		200 000	12 196 700	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsi- dent Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Sven Sobernheim (GLP)
Begründung:		Schaffen von 2 Stellen für Solarbeauftragte: Beschleunigung PV-Ausbau auf Gebäuden von Liegenschaften Stadt Zürich			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

1156. 2022/613

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 30.11.2022:
Nutzung von mindestens 80 Prozent des Solarpotenzials bei den städtischen
Liegenschaften und bei Neubauten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/438, Beschluss-Nr. 1145/2022, Antrag Nr. 024.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1053/2022).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Andreas Kirstein (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Immobilien Stadt Zürich (HBD) und Liegenschaften Stadt Zürich (FD) dafür gesorgt werden kann, dass die Umsetzung von mindestens 80% des Solarpotentials im Bestand des städtischen Liegenschaftenportfolios und bei Neubauten realisiert wird. Dies soll durch die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und insbesondere auch an Fassaden passieren. Um diese Umsetzung voranzutreiben, sollen in beiden Departementen Solarbeauftragte prüfen, ob die Umsetzung dieses Potentials über Eigeninvestition oder Contracting Lösungen erfolgen soll. Sofern sich die städtischen Anbieter wie ewz, energie360° und weitere in der Submission als genügend agil und konkurrenzfähig erweisen, sollen diese bevorzugt eingestellt werden.



5 / 5

Julia Hofstetter (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat